

VOLKSBLATT

Herausgegeben von der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
für die Provinz Sachsen

Der Hort der Reaktion Der Großgrundbesitz bestimmte die deutsche Politik Sein Verschwinden bedeutet Deutschlands Wiederaufstieg

Von der Neugestaltung Deutschlands auf einer neuen, friedlichen und demokratischen Grundlage hängt es ab, ob die Rückkehr Deutschlands in die Familie der friedlichen, freilebenden Völker möglich sein wird. Die Hauptvoraussetzung dieser Neugestaltung Deutschlands ist die Vernichtung des deutschen Imperialismus, und eine der unerlässlichsten Bedingungen für seine Vernichtung ist die Beseitigung des preußischen Junkertums.

Wie der am 3. September in Potsdam erlassene Aufruf der antifaschistischen demokratischen Parteien richtig feststellte, waren die Grundbesitzer und die Junkerkaste seit Alters her die Träger des Militarismus und Chauvinismus. Im kaiserlichen Deutschland waren die preußischen Junker die Stütze des Systems. Sie bestimmten Deutschlands Politik. Sie stellten das Offizierkorps und die Generalstabe. Sie spielten die erste Geige im Marineministerium und im Auswärtigen Amt.

Rings um den Kaiser, der selbst der größte Grundbesitzer war, standen geschlossen die Fürsten, Grafen und Freiherren, lauter Großgrundbesitzer, denen nach wie vor ein großer Teil des Grund und Bodens gehörte. Der Großgrundbesitz war die Machtquelle der Grundbesitzereliquen. Nach dem ersten Weltkrieg blieb der Großgrundbesitz in Deutschland unangestastet.

Die preußischen Junker und die Mecklenburger Grundbesitzer waren jene, die zusammen mit den monopolistischen Plutokraten Hitler stützten und die ihm halfen, die Macht im Lande zu ergreifen. Sie hatten ihrerseits von Hitler die feste Zusage erhalten, daß ihr Grundbesitz nicht angestastet werden wird.

Bekanntlich forderte Hitler in Punkt 17 seines sogenannten Programms die Bodenreform, die die Hitlerpartei angeblich durchzuführen gedachte. Bereits am 13. April 1928 hatte Hitler eine Erläuterung zu diesem Punkt 17 seines Programms geschrieben, aus der hervorgeht, daß er gar nicht daran dachte, den Grund und Boden sowie die Macht des preußischen Junkertums anzutasten. Hitler hat sein Versprechen, das er den Junkern gegeben hatte, gehalten.

Unter Hitler haben in Deutschland 21 der größten Landmagnaten (genau so viel Grund und Boden besaßen, wie 1 1/2 Millionen Bauern. Vor Hitler besaßen 19 000 Grundbesitzer (ebensoviel wie in der Kaiserzeit) 7 Millionen Hektar Boden, während 3 1/2 Millionen Bauernwirtschaften nur 4/5 Millionen Hektar hatten.

Diese Ziffern zeigen deutlich, woher die Macht der deutschen Grundbesitzer stammt, die unter dem „Führer“ ebenso wie unter dem Kaiser ihre Ladungen, ihre Rechte und Privilegien beibehalten hatten und die Stütze des Preußengeistes, d. h. des zügellosen Chauvinismus und Militarismus blieben. Und wenn jetzt die antifaschistischen und demokratischen Organe und Parteien Deutschlands die Liquidierung des Junkertums und seines Großgrundbesitzes fordern, so ziehen sie damit nur die logischen Konsequenzen aus der vorangegangenen Entwicklung Deutschlands.

Das preußische Junkertum und die ganze Grundbesitzerkaste Deutschlands bilden den

Nährboden für die Abenteuer des Imperialismus,

der Deutschland im Laufe eines Vierteljahrhunderts zweimal in die wahnwitzigen Kriege gegen die ganze Welt gestürzt hat. Die preußischen Junker opferten Millionen deutscher Bauern, die sie zur Eroberung fremder Länder aussackten, um ihre Blicke von dem deutschen Boden abzulenken, dessen sich eine handvoll Landesmagnaten bemächtigt hatte. Und wenn Hitler den deutschen Bauern sogenannten Lebensraum am Dnjepr und an der Wolga versprach, so geschah das im Interesse der Junker, die wieder einmal die Auf-

merksamkeit der deutschen Bauern von dem Lebensraum des deutschen Volkes ablenken wollten, der sich in Deutschland befindet.

Jetzt, nach der Katastrophe, die Deutschland ereilt hat, sucht das deutsche Volk nach Mitteln und Wegen, um ein neues Leben zu beginnen. Es kommt endlich zur Schlusfolgerung, daß einer der Wege die Liquidierung des Junkertums und des Großgrundbesitzes ist, dieser Stützpunkt des deutschen Militarismus und seiner Macht, die Deutschland für Jahrzehnte ins Unglück gestürzt hat. Die deutschen Presseäußerungen sowie Aufrufe der antifaschistischen demokratischen Parteien über die Notwendigkeit einer Bodenreform in Deutschland bringen die wirklichen Interessen des deutschen Volkes zum Ausdruck.

Schweinefürsten enteignet

Die Auswirkung der Agrarreform in Ungarn

Budapest, 12. September. (TASS). In Budapest fand ein Kongreß der Bauern statt, die auf Grund der Agrarreform Land erhalten hatten. Von dem Vorsitzenden der Bauernpartei, Peter Veres, wurde auf dem Kongreß Bericht erstattet, der die Ergebnisse der Agrarreform näher beschrieb. Er stellte fest, daß insgesamt 59 546 Landgüter mit insgesamt 3 982 000 Hektar Land (1 Hektar entspricht 0,57 ha) mit oder ohne Entschädigung in Ungarn beschlagnahmt worden ist. 304 056 von insgesamt 661 000 bedürftiger Bauern haben Land erhalten. Von diesen sind 177 790 landwirtschaftliche Hilfsarbeiter, 33 280 sind Bauern, die Zwerggüter hatten, 22 934 sind Kleinbauern und 15 165 sind landwirtschaftliche Handwerker. Der Staat hat die Bauern mit landwirtschaftlichen Maschinen, Textilien und sonstigen Waren in großzügiger Weise unterstützt.

In einem vom Kongreß angenommenen Beschluß wurde Beendigung der Agrarreform und Austreibung der ungarischen Deutschen gefordert.

Am 1. Oktober Schulbeginn

Vorbereitung der deutschen Schulen für den Beginn des Unterrichts

Der Chef der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall der Sowjetunion, G. S. Chukow, hat folgende Anordnung über die Vorbereitung für den Beginn des Unterrichts in den deutschen Schulen erlassen:

Der Beginn des Lehrjahres wird in allen Volksschulen, Oberschulen, Gymnasien, Realgymnasien, unteren und oberen Berufsschulen auf den 1. Oktober dieses Jahres festgesetzt.

In Übereinstimmung mit dieser Anordnung müssen der Direktor der Verwaltung für Volksbildung, die Präsidenten der Provinzen, der Bundesländer, die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister der sowjetischen Besetzungszonen Deutschlands eine Reihe von Maßnahmen durchführen, welche die rechtzeitige Vorbereitung der Schulen für den Beginn des Lehrjahres sichern. Alle privaten Schulen müssen in städtische, Kreis- oder Dorfschulen umgestaltet und der Selbstverwaltung zur Leitung übergeben werden.

Der Direktor der deutschen Verwaltung für Volksbildung hat bis zum 15. September dieses Jahres Lehrpläne und Programme für Schulen aller Stufen zur Bestätigung durch die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland vorzulegen; desgleichen sind zur Drucklegung vorzubereiten und zur Bestätigung vorzulegen: Neue Lehrbücher oder solche, und zwar für die Volksschule bis zum 10. September und für die Mittelschulen bis zum 1. Oktober.

Verzeichnisse mit empfehlenswerter Schulliteratur — vor 1933 herausgegeben — sind

bis zum 15. September d. J. zur Bestätigung vorzulegen.

Es ist jede Benutzung von Schul- und Lehrbüchern, die in der Periode des faschistischen Regimes herausgegeben wurden, verboten. Diese Lehrbücher müssen ausgeschaltet werden. Die Verantwortung für die Ausschaltung der faschistischen Literatur tragen die Schuldirektoren und Schullehrer.

Die Organe der Volksbildung der britischen Besetzungszonen Deutschlands befinden, haben eine Erlassung aller Lehrkräfte, die früher in den Schulen gearbeitet haben, vorzunehmen und deren Lehrstellen bereitzustellen, welche in faschistischen Organisationen und Gesellschaften nicht organisiert waren; auch sind folgerichtig demokratische Prinzipien in der Schulung und in der Erziehung durchzuführen, sowie das reaktionäre Wesen des Nazismus, der faschistischen Rassenlehre und der militaristischen Charaktere des ehemaligen Deutschen Reiches zu enthüllen.

Zu gleicher Zeit müssen zur pädagogischen Arbeit Personen aus demokratisch-antifaschistischen Schichten des Volkes herangezogen werden, die die erforderliche Allgemeinbildung besitzen und den Wunsch haben, als Lehrer in Volks- und Mittelschulen zu unterrichten.

Die Organe der Selbstverwaltung müssen binnen kürzester Frist den Organen der sowjetischen Militärverwaltung zur Bestätigung den Schulorganisationsplan sowie die vorgeschriebenen Maßnahmen zur Umschulung der Lehrer sowie für die Erziehung und Schulung der Kinder außerhalb der Schule vorlegen.

Naziverbrecher vor dem Richter

Quitsling fleht um Gnade

Oslø (SNB). Laut einem Bericht Reuters hat Quitsling bei dem Obersten Gerichtshof Norwegens gegen das über ihn verhängte Todesurteil Berufung eingelegt.

Chemieprofessor des Mordes angeklagt

Moskau, 12. September. (Rundfunk). Dr. Lange, ein ehemaliger Professor an der Universität Wien, wurde in Wien wegen Mordes vor Gericht gestellt. Lange ist des Mordes an zwei seiner Assistenten angeklagt, die ihn an der Zerstörung von wertvollen Apparaturen und Laboratoriumseinrichtungen zu hindern suchten, als die Rote Armee vor den Toren Wiens stand. Die Zerstörung dieser Anlagen ist gleichfalls ein Teil der Anklage gegen Lange.

Prozuj gegen einen holländischen Nazi

Den Haag, 12. September. (SNB). Laut einem Bericht der „Allied Press“ begann in der niederländischen Hauptstadt vor einem Sonder-

gericht der Hochverratsprozeß gegen Max Blokzijl. Dieser Nazi schrie bereits vor dem deutschen Einmarsch in Holland unter seinem angenommenen Namen begeisterte Artikel für die deutsche Nazipresse. Unmittelbar nach dem Überfall Hitlers auf sein Heimatland wurde Blokzijl zum Haupt Sprecher des amtlichen Rundfunks Hiversum ernannt, eine Stellung, die er bis zum Einmarsch der Alliierten in Holland inne hatte.

Mitlungener Selbstmordversuch eines Kriegsverbrechers

Tokio, 12. September. (SNB). Reuter meldet: Nach einem Tag widersprechender Berichte, daß der 61jährige General Ideti Tojo, der frühere japanische Premierminister, der versuchte, sich zu erschießen, um der Verhaftung als Kriegsverbrecher zu entgehen, tot sei oder im Sterben liege, wurde heute Abend bekanntgegeben, daß sein Selbstmordversuch misslungen ist und er gute Aussichten zur Wiederherstellung habe.

Die deutsche Schule unter Hitler

Bis 1932 blühte das deutsche Schulwesen, vor allem in Halle als alter Schulstadt. Der junge Mensch wurde im organischen Wachsen mit allem ausgerüstet, was er für das Leben brauchte und mit den Kultur- und Lebensgütern seines Volkes vertraut gemacht. Ihm wurden aber auch die Augen geöffnet im Sinne der Verständigung unter den Völkern und im Geiste der Völkervernichtung, und es wurden ihm die Vorzüge und Nachteile der Nachbarn Deutschlands und der Völker der fremden Erdteile gezeigt.

Das wurde mit der Machtergreifung der Nazis 1933 schlagartig anders. Um ihre krankhafte Weltanschauung durchzusetzen, suchten sie auf Volk und Jugend direkt einzuwirken und die Schule den eigenen Zielen unterzuordnen. Die Besonnenheit und Vernunft der deutschen Erzieher vor 1933 und der deutschen Elternschaft paßten nicht in ihr Konzept. Deshalb suchten sie alles, was den Namen Schule und Lehrer trug, herunterzureißen, um ihre eigenen „glanzvollen“ Gebilde wie Jungvolk, HJ und BDM an deren Stelle zu setzen, auch auf die Gefahr hin, den Begriff Autorität aus den Herzen der Jugend herauszureißen. „Jugend muß durch Jugend geführt werden!“ war die verlogene und jedem pädagogischen Grundsatz hochsprechende Parole.

In dem Maße, in dem die Lehrer die geheilte Domäne der Schule zu schützen suchten, setzte das Wutgeheul der „Braunen“ und ihrer Bonzen ein. Der einzelne Lehrer lochte oft schwere Kämpfe durch; denn „oben“ bekam die HJ immer recht. Und wenn trotz alledem die Schule noch im Fundament erhalten blieb und gerettet wurde und noch Mögliches im Sinne von Vernunft und Mäßigkeit im Unterricht erarbeitet wurde, so ist es dem deutschen Lehrer zu danken, der sich bis auf das abtrünnige Drittel, das sich den Nazis schöder Vorteile und Beförderungen wegen an den Hals warf, oft gegen bessere Einsicht — wenigstens passiv den Zielen nationalsozialistischer Erziehung entgegensetzte.

Das deutsche Schulwesen ist in zwölf Jahren Hitlerherrschaft ein ebensolches Wrack geworden, wie Volk und Staat. Der demokratische Geist der Lehrer wurde zerschlagen und die Lehrerschaft von ihren alten Führern getrennt, das nach allgemein verpflichtenden Gesetzen ausgerüstete Erzieher-Ethos brutal zertrümmert und ersetzt durch das Zweckethos von Volk, Rasse, Blut und Boden. Tausende von tüchtigen Lehrern wurden 1933 nach dem sogenannten Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auf die Straße geworfen, weil sie sozialistischen oder demokratischen Parteien angehört hatten, oder sie wurden aus leitenden Stellungen zurückversetzt. Das waren alles Männer, die sich um den Aufbau der deutschen Schule nach dem Programm des deutschen Lehrervereins im demokratischen und völkerverehrenden Sinn verdient gemacht hatten, und die meist als tüchtige Pädagogen und Erzieher in leitenden Stellungen tätig gewesen waren. An ihre Stelle wurden oft fälschlich fast völlig ungeeignete Parteileute gesetzt, deren einziger Verdienst darin bestand, schon vor 1933 durch Eintritt in die NSDAP ihren Dienst-eid gebrochen zu haben. Sie erhielten die Rektoren- und Schularstellungen.

Die Lehrerschaft überallerte mehr und mehr, es fehlte im Beruf stark an Nachwuchs, denn niemand wollte mehr den verlésterten und von allen Seiten angegriffenen Lehrerstand angehören, der von der Partei, der HJ, der Elternschaft, ja von den parteihörigen Berufskarrieraden zum Popanz gemacht wurde. Der HJ-Führer war der Lehrer der Zukunft. Die beginnende Aufrüstung zog erzieherisch geeignete junge Kräfte durch Versprechen schnellen Aufstiegs bei der Truppe oder in der Rüstungswirtschaft an sich. Pensionierte Lehrer und Lehrerinnen wurden wiedergebott, ausgeschiedene verheiratete Lehrerinnen ihrem häuslichen Pflichtkreis entzogen, pädagogisch ungenügend ausgebildete Hilfskräfte, später auch fachlich mangelhaft vorgebildete junge Mädchen mit und auch ohne mittlere Reife und mit wenig oder gar keiner pädagogischen Ausbildung, und zum Schluß sogar Arbeitsdienstmädchen ohne jegliche Vorbildung als Ersatz in die Schule gestellt. Der Lehrerstand bot qualitativ ein trostloses Bild. Die übrigen unter den pädagogischen und wissenschaftlichen

Umstellung vom Krieg zum Frieden

In der Sowjetunion und in den USA.

Der neue Fünfjahresplan

Ein Moskauer Kommentar

Moskau, 12. September (Rundfunk). In Rundfunk und Presse der Verbündeten Länder findet gegenwärtig die Umstellung der Wirtschaft auf die Friedensproduktion große Aufmerksamkeit. Diesem komplizierten System wird auch in der Sowjetunion große Beachtung geschenkt. Doch hat diese Frage hier nicht die zugespitzte Form angenommen wie in den anderen Ländern und kann auch nicht solche Formen annehmen.

Umwilkürlich drängt sich die Frage auf: Wodurch ist es zu erklären, daß in der Sowjetunion die Umstellung auf den Frieden nicht jene Beunruhigung hervorruft, die z. B. in den Vereinigten Staaten zu beobachten ist? Das ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen.

Erstens einmal liegt in der Sowjetunion keine Notwendigkeit vor, das Erwerbslosproblem zu erstören, denn im Sowjetland gibt es einfach ein solches Problem nicht. In der Sowjetunion ist z. B. die Annahme eines Gesetzes über die Beschäftigung von Arbeit völlig überflüssig. In den Vereinigten Staaten dagegen ruft dieses Gesetz viele Streitigkeiten hervor.

Zweitens ist die Kaufkraft der Bevölkerung in der Sowjetunion nach Beendigung des Krieges nicht zurückgegangen, wie das in anderen Ländern vielfach zu erwarten ist, sondern wird im Gegenteil ohne Zweifel ansteigen. Denn die Sowjetwirtschaft trifft neue Maßnahmen, um den Lebensstandard des Volkes zu heben. Das wird gleichfalls das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung beschleunigen.

Blick in die Welt

Sozialisten schließen die Reihen

Interparteiliche Kommission in Warschau gebildet

Moskau, 12. September (Rundfunk). In Warschau fand eine gemeinsame Sitzung der Exekutivkomitees der Polnischen Sozialistischen Partei und der Polnischen Arbeiterpartei statt. In dieser Sitzung wurde eine ständige interparteiliche Kommission gebildet.

Argentinens Rechtsanwältin

Buenos Aires, 12. September (SNB). Wie der Pariser Rundfunk meldet, sind die argentinischen Rechtsanwältinnen in den Streit getreten. Das gesamte Gerichtswesen ist durch diese Maßnahme lahmgelegt. Diese Arbeiterinnen fordern ein politisches Ziel: die Wiederherstellung der Verfassung und die Vornahme von Neuwahlen unter Aufsicht des obersten Gerichtshofes.

Chinesischer Einmarsch

London, 12. September (SNB). Wie Reuters berichtet, kündigte Tschangkung offiziell an, daß chinesische Truppen in die Hauptstadt Französisch-Indochina, Hanoi, einmarschiert sind. Andere chinesische Truppen zogen in Hankau ein. Wie weiter mitgeteilt wird, haben chinesische Truppen die internationale Niederlassung in Schanghai übernommen.

Die Nanking-Regierung soll zur Verantwortung gezogen werden

Moskau, 12. September (Rundfunk). Der Vertreter der chinesischen Regierung forderte von japanischen Oberkommando die Austreibung der Mitglieder der Marionetten-Regierung, die die Japaner im Krieg gegen China in Nanking gebildet hatten.

Auf welche Weise wird in der Sowjetunion die Umstellung auf die Friedenswirtschaft erfolgen? Auf diese Frage wird der neue Fünfjahresplan bald Antwort geben. Wie in den Vorkriegsjahren wird auch jetzt nach dem Krieg die ganze Volkswirtschaft nach einem auf 5 Jahre abgestellten einheitlichen staatlichen Plan geleitet und entwickelt. Jeder Fünfjahresplan geht davon aus, für alle Arbeit sicherzustellen. Mehr noch, dieser Plan zielt auf die Steigerung von Arbeit und Leistung vor. Denn die Sowjetunion beabsichtigt nicht nur ihre Volkswirtschaft, die von den deutschen Okkupanten schwer geschädigt wurde im Laufe der nächsten 5 Jahre völlig wiederherzustellen, sondern auch die Erzeugung bedeutend über den Vorkriegsstand hinaus zu steigern.

Nach Beendigung des Krieges wird in allen Ländern die Erzeugung von Waffen und Munition radikal eingeschränkt. Das geschieht auch in der Sowjetunion. Während jedoch in mehreren Ländern bereits zahlreiche Rüstungs-

betriebe geschlossen wurden, findet man in der Sowjetunion andere Wege. Die Rüstungsbetriebe werden auf die Erzeugung von Maschinen und Wagen für den Friedensbedarf umgestellt. So haben mehrere Automobilwerke bereits mit dem Bau von Betriebsrichtungen für die Erdölindustrie begonnen. Die Panzerwagenwerk stellt jetzt Betriebsrichtungen für die Hüttenindustrie her. Tausende Betriebe, die bisher ausschließlich hergestellt haben, können jetzt Güter für die Bevölkerung liefern. Das Ausmaß dieser Produktion wird durch den Fünfjahresplan bestimmt.

Die größte Schwierigkeit bei der Aufstellung eines Fünfjahresplans in einem so reichhaltigen Land wie die Sowjetunion besteht darin, die Tätigkeit der verschiedenen Wirtschaftszweige in Übereinstimmung zu bringen. Es ist folglich ein riesiger Fragenkomplex zu berücksichtigen. Doch die Institutionen, die sich in der Sowjetunion mit der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne befassen, haben große Erfahrungen und haben bereits bewiesen, daß sie mit solchen Aufgaben erfolgreich fertig zu werden verstehen.

Drohende Arbeitslosigkeit in Amerika

Sowjagewerkschaftler schildern die Lage des amerikanischen Arbeiters

Einer Einladung der fortschrittlichen Vereinigung der amerikanischen Arbeiter des Kongresses der Gewerkschaften folgend, weilte eine sowjetische Gewerkschaftsdelegation fast einen Monat in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser Tage kehrte die Delegation nach Moskau zurück. Der Vorsitzende des Zentralkomitees des sowjetischen Bergarbeiterverbandes gab darüber eine Schilderung, in der es heißt:

Am 18. Juli stieg unser Flugzeug vom großen Feld des Moskauer Flugplatzes auf. Drei Tage später war ich bereits in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir wurden dort sehr gastfreundlich empfangen. Die Delegation hatte Gelegenheit, sich eingehend mit allem bekannt zu machen, was sie interessierte. Wir waren in Chicago, Detroit, New York, Atlantic City, Pittsburg und anderen Städten. Wir besichtigten das Pittsburger Stahlwerk, das eine erstaunliche hohe Mechanisierung aller Arbeitsprozesse erreicht hat. Die berühmten Chicagoer Schweißwerke, die Ford-Werke in Detroit und die Werften in Philadelphia, die 25000-Tonnen-Kreuzer und Flugzeugmutterschiffe mit einer Wasserverdrängung von 45000 Tonnen gebaut haben. Überall sahen wir eine hochentwickelte Technik wahr. Überhaupt wird in Amerika die höchste Aufmerksamkeit der Vereinfachung der Produktion durch erprobte Konstrukturen und Techniken, aber auch der Betriebshaltung geschenkt. In den ersten Untersuchungen vorbildlich. Der Stundenlohn eines amerikanischen Arbeiters schwankt zwischen 70 Cents und 2 Dollar. Das bedeutet, daß ein Arbeiter im Monat 500 Dollar bis 2500 Dollar verdienen kann. Jedoch werden die meisten Arbeiter, daß die Steuerabgabe mindestens 30 Prozent dieser Summe ausmachen; weitere 30 Prozent entfallen auf die Wohnungsmiete, die meistens sehr hoch ist.

Das tragischste Moment für den jungen amerikanischen Arbeiter ist das Problem der Arbeitslosigkeit, die ihn oft unvorbereitet, und dann mit furchtbarer Gewalt trifft. Wirtschaftliche Anzeichen lassen darauf schließen, daß eine schwere Zeit in der Zukunft bevorsteht. In den ersten Untersuchungen von den Gewerkschaften eingerichteten Arbeitsnachweis für Seeleute. Von morgens bis abends drängen sich dort die Erwerbslosen. Als unsere Delegation in Detroit eintraf, wurden dort 60000 Arbeiter auf der Straße geschlossen.

Etwa 8000 Arbeiter wurden entlassen. Die Gewerkschaftsführer, die sich mit uns

unterhielten, waren erstauet, als sie erfuhren, daß bei uns auch Menschen, die keine hohe Berufsausbildung besitzen, Arbeit erhalten. In Amerika ist das unmöglich geworden. Wir interessierten uns für die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und auch dafür, wie diese Unterstützung ausbezahlt wird. Es existiert kein einheitliches, für das ganze Land geltendes Gesetz über Arbeitslosenunterstützung. Nur in einzelnen Staaten wird eine solche Unterstützung gewährt. Sie beträgt 10 Dollar in der Woche. Dabei kann der Erwerbslose darauf hoffen, daß er 18 Wochen lang diese Unterstützung erhält. Es ist nicht ohne Interesse, wie die Gewerkschaften einen Arbeitslosen behandeln. Ein solcher bekommt nur zweimal den Gewerkschaftsbeitrag nicht entrichtet zu haben, und schon scheidet er aus seinem Berufsverband aus. Auch über den Gesundheitschutz haben wir mit unseren amerikanischen Freunden gesprochen. Er läßt leider auch zu wünschen übrig. Ein Arbeiter, der erkrankt ist, ist völlig unvergütet. Er hat keine Möglichkeit, in ein Krankenhaus zu kommen, denn dafür ist viel zu viel Geld notwendig, etwa 700 Dollar. Die einzige Unterstützung, die ein Arbeiter von den Gewerkschaften, doch beträgt sie höchstens 50 Dollar. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß wir unwillkürlich Vergleiche ziehen mit den Verhältnissen in der Sowjetunion. Da brauchen sich Arbeiter keine Sorgen zu machen. Es wird sowohl für ihn wie für seine Angehörigen gesorgt. Es gibt gut eingerichtete Betriebskassen. Speziell unser Verband hat mehrere großartige Sanatorien und hat seit diesem Tage ein neues Sanatorium in der Krise eröffnet. Dazu gibt es bei uns auch Sanatorien, in denen Arbeiter, die einer Kur bedürfen, ausgezeichnete Verpflegung und ärztliche Betreuung erfahren. 25000 Kinder von Bergarbeitern werden in diesem Sommer in Sanatorien im Sommerlager verbracht. Dies alles ist kostenlos.

Die Delegation machte sich auch eingehend mit dem Leben der amerikanischen Gewerkschaften bekannt, die etwa 15 Millionen Mitglieder zählen. Die Hauptaufgabe, die vor den amerikanischen Gewerkschaften steht, ist die Herstellung der Freiheit. Trotz des Ballastes vieler reaktionärer Betriebsführer ist die Masse der klassenbewußten Arbeiter bestrebt, dieses große Ziel zu verwirklichen. Wir schienen in der festen Überzeugung, daß die Annäherung der amerikanischen und sowjetischen Gewerkschaften, die für die Gründung der internationalen Vereinigung aller Arbeiter in der ganzen Welt sehr notwendig ist, einen wesentlichen Schritt vorwärts gebracht wurde.

„Jawohl!“

Eine nachdenkliche Betrachtung // Don Harold W. Esche

Soll man es für möglich halten, daß ein kleines Wärtchen wie „Jawohl“ zum Gradmesser, ja zur Offenbarung einer Geisteslehre werden kann?

Ich werde sagen: Wie unwichtig ist diese Frage. Wir haben heute andere Sorgen. Ich sage auch: Auch das unwesentlich Scheinende hat sein Gewicht. Es ist durchaus nicht gleichgültig und nebensächlich, ob wir eine Frage mit dem schlichten Wörtchen „Ja“ oder ob wir sie mit dem nicht ganz so schlichten, vor allem aber nachdrucksvolleren „Jawohl“ beantworten.

Denn: zwischen dem „Ja“ und dem „Jawohl“ liegt eine tiefere Kluft zwischen beiden geht ein Grund. Und in diesen Abgrund sind wir alle gestürzt.

Ich muß zunächst einmal von mir selbst sprechen. Da ich kein Krüppel, auch nicht vorbestraft bin und im besten verfahrenen Alter stehe, war ich natürlich auch Soldat. Nicht gerne, schon gar nicht mit Begeisterung, aber immerhin: Soldat.

Das Soldatenspiel ist mir nicht leicht gefallen. Ganz im Gegenteil! Man sah mir gewissermaßen auf drei Kilometer gegen den Wind auch in der Uniform noch den Zivilisten an. Das war wenig vorteilhaft und hat mir das „Einleben“, zu dem es trotz manchen Jährens beim Kommando eigentlich nie recht gelang hat, nur noch erschwert.

Besonders aber bin ich monatelang — wenn ich mich recht besinne, sogar überhaupt nie! — aus der Zwieschläbe zwischen dem zivilen „Ja“ und dem militärischen „Jawohl“ heraus-

gekommen. Und das hat mich böse Stunden gekostet.

„Ihr Stahelhelm ist ja viel zu groß! Sie sehen aus wie ein Hund, der aus seiner Hütte schielt!“ apostrophierte mich der Feldwebel.

Ich schwieg.

„Heute mittag lassen Sie sich eine andere „Dunstigkeit“ verpassen!“

Ich schwieg.

„Verstanden?“ brüllte der Besterste.

„Ja!“

Nun war es wieder geschehen. Der Allgewaltige hatte wieder sein Opfer und legte los. „Ja“ sagt dieser unglückliche Mensch, dieser unmitelbarische Haufen! Hat man sowas schon erlebt! Kommt hierher, kann nicht gehen, kann nicht laufen, kann nicht schießen, kann überhaupt nichts, aber unvorsichtsmäßig angegangen ist er, läßt mich hier reden und tut, als ob es ihn nichts angeinge, und dann sagt er noch „Ja!“ Sie komische Biatur, merken Sie sich ein für allemal, daß es „Jawohl“ heißt! Triumphierender Blick in die Runde.

Ich schwieg.

„Haben Sie mich verstanden?“ brüllte es wieder.

„Jawohl!“

„Sie sollen nicht inspeln, Mensch, sondern laut und deutlich reden, so, daß ich und alle es hören können!“

Ich schwieg.

„Verstanden?“ überschrie sich nun die Stimmung.

„Jawohl!“ sagte ich noch lauter.

„Damit Sie es nicht vergessen, wie ein Soldat antwortet, wenn er etwas gefordert wird oder einen Befehl bekommt, putzen Sie mich heute mittag die Stiefel. Verstanden?“

„Er wartete auf das fällige „Jawohl“. Ich aber antwortete: „Verstanden habe ich Sie, aber die Stiefel werde ich Ihnen strafweise nicht putzen, und außerdem haben Sie befohlen, daß ich heute mittag meinen Stahelhelm tauschen soll.“

„Sie unverschämter Mensch, halten Sie Ihre dreckige Schnauze! Zu widersprechen haben Sie überhaupt nichts! Merken Sie sich das, Sie lächerliche Pappdödel! Sie werden als Soldat nicht antworten, das lassen Sie sich gesagt sein!“ Und damit wandte er sich wieder dem Zuge zu, wofür er nicht vergaß, mich weiterhin mit seinen „Freundlichkeiten“ zu bedenken.

Das Soweit wir zurückdenken können, haben wir Deutschen in einem Obrigkeitstakt ge-

Wir empfangen unsere Befehle, Anweisungen, Änderungen, Verfügungen, Verhaltensregeln, Vorschriften, Auffassungen, Ansichten von oben, von irgend einer Zentrale. Alles immer fix und fertig, sozusagen münderecht. Eigenes Denken war nicht nur überflüssig, sondern verboten. Darin, das hatte ich stand je nach Dienstrang und Dienstrang mehr oder weniger stramm, schlug die Hacken zusammen oder deutete die unbedingte und vorbehaltlose Zustimmung durch eine entsprechende Verbugung an.

Kritik, eigenes Denken, gar Widerspruch galt als Verbrechen. Darin, das hatte ich Mangel an Bildung, Taktlosigkeit, aufdringliche Gesinnung, — und was weiß ich alles noch — aus

Man sagte „Jawohl!“. So stand es dem Deutschen an. Auch wenn man gegenteiliger Ansicht war. Auch wenn es sich um kleine, sinnigsten, offenkundigen Unsinn handelte. Und küßte den Kommissfeller, der einen trat.

Das Wort „Jawohl“ ist eines der Sinnbilder unseres politischen Verhältnisses.

Die Militaristen und ihre verspielten Ableger, die Militärvereinsmeister von ahedem, waren stolz darauf, daß ihnen das „Jawohl“ nicht mehr aus den Knochen wich. Wer einmal Soldat war ... schwärmten sie.

Der Justizsekretär Meier, zwölfjährig geendet, hat sich etwas darauf zugeut, wenn er bei der Entgegennahme von Akten die Hacken zusammenschlug und auf eine Anweisung seines Vorgesetzten sagte schurrte: Jawohl, Herr Gerichtsrat!

Mit dem Jawohl beginnt eine unserer volklichen Traditionen. Dazu gehören noch die Uniform, Titel, Orden und was dergleichen Präfanz mehr ist.

Laßt uns endlich einen Schlüssel zueinander. Laßt uns mit dem Operettentanz und dem unmännlichen Männenmache, brechen!

Sagt: Ja! Oder: Nein!

Aber nicht mehr: Jawohl!

Denn wir brauchen für unsere Zukunft Männer, aber keine Männen. Charaktere, aber keine Strohtruppen. Menschen mit Initiative, aber keine Obrigkeitstakt, nicht schillingen Jawoblsager. Keine krummen Buckel, sondern aufrechte Körperhaltungen. Keine seelenlosen Sonnenanbeter, sondern reale Tatmenschen.

Deshalb: Schluß mit dem Jawohl!

Vergangene Herrlichkeit

Das Ende des tausendjährigen Reiches

Mit großem Tamtam wurde das Dritte Reich aus der Taufe gehoben. Als Taufpaten fungierten die Vertreter der Generalität, der Hochfinanz, der Schwerindustrie, zwar für den Ungewöhnlichen unsichtbar, jedoch repräsentiert durch das Bankhaus Schröder in Köln und durch Herrn von Papen, dem die Nazis als Reichskanzler kurz vorher noch das Leben schwer gemacht hatten.

Dieser Herr von Papen kann als der eigentliche Begründer des Dritten Reiches angesehen werden, denn ohne sein und seiner schwärzlichen Hintermänner Zutun wäre Adolf Hitler damals schon wegen betrüblicher Bankerrott von der Bildfläche verschwunden, denn die von ihm geführte Partei hatte eine Schuldenlast von über 10 Millionen Mark, die das Bankhaus Schröder auf Anweisung der Schwerindustriellen, an der Spitze Herr Thyssen, übernahm. Hierdurch war Adolf Hitler vor dem finanziellen Ruin gerettet und sein schon im Sinken begriffenes Partschiff wieder flott gemacht.

Während also die Schwerindustriellen und ihre versippten Gesinnungsgenossen sich im Hintergrund hielten, trat vor der Rampe der politischen Bühne Adolf Hitler als handelnde Person auf. Er, dessen Überheblichkeit schon stets ein Charakteristikum an ihm gewesen war, schwang sich zum Diktator auf. Er verbot die ihm im Wege stehenden Parteien und Zeitungen, er setzte die Gleichschaltung aller Organisationen durch, er ließ durch seine Geheime Staatspolizei jeden verfolgen, der auch nur im geringsten erkennen ließ, daß er gegen den nationalsozialistischen Stachel lockte.

Mit 24 Programmpunkten seiner angeblich von ihm gegründeten Arbeiterpartei, mit denen er jedem etwas versprach, von dem das Wenigste durchgeführt wurde, versuchte die "Vormarschpartei", sich durch die Legalität für sein Handeln zu verschleiern. Die Reichsverfassung ließ er formell bestehen, setzte sie aber durch Einzelgesetze faktisch außer Kraft. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit schwieg dazu, auch wenn ihm manches nicht behagte. Was konnte es auch tun? Jedem Opponenten drohte ja Zuchthaus, Konzentrationslager und Tod, mindestens aber Zerstörung seiner Existenz. Trotzdem standen Widersacher auf, aber sie waren zu schwach und wurden bald erlegt.

Deutschland war ein Reich des Schweigens geworden. Man unterließ sich höchstens über belanglose Dinge, schwang sich vielleicht noch zu einigen Wägen auf, die man oben nasieren ließ, da sie keinen Schaden anrichteten.

So etablierte sich das Hitler-Regime. Von Wahl zu Wahl wurden die Wahlmännchen weicher. Und wenn auch die 99 Prozent aller Wahlmännchen, die angeblich von den Nazis zuletzt erzielt wurden, ein zu dick aufgetragenem Wohlstand bedient waren, so muß man annehmen, daß eine große Mehrheit der Wähler sich nach und nach hinter Adolf Hitler stellte.

Von diesem Augenblick an konnten die Nazis keinhalten mehr, ihnen war der Kampf gewaltig geschwollen. Jetzt glaubten sie alles riskieren zu können, selbst einen Krieg mit anderen Mächten. Das tausendjährige Reich wurde proklamiert, aufbauet auf Kraft durch Freude, untermauert durch ein kraftvolles Heer. Zwar blieb Adolf Hitler die Friedensschmelze, ließ aber dennoch gewaltig aufrufen. Sein Paladina Hermann Göring war dazu auserwählt, die gewalttätige Luftflotte der Nazis schellen mit der "Hitlerjugend". Deutschlands vertrieht werden sollte. Man lese in Hitlers Buch "Mein Kampf" die Kapitel über die Außenpolitik und man wird finden, daß Hitlers Streben nur auf Machtpolitik und einen zu erwartenden Krieg ausgerichtet war. Das Wort "Friede" findet man in diesem Buch nur sehr selten. Das "Mein Kampf" ist ein Buch, das den Deutschen den Kopf in die Hände drückte, besahen sich wohl den schönen Einband, aber nicht den Inhalt. Und das war ihr Verderben. Denn wenn sie den Inhalt erkannt hätten, wäre ihnen vielleicht bei aller Denkfähigkeit doch ein Licht über ihren "zweiten Bismarck" aufgegangen.

Jetzt hat das deutsche Volk die Zeche, die sein "genialer Führer" gemacht hat, zu zahlen. Das tausendjährige Reich liegt buchstäblich in Trümmern, es hat kaum ein Dutzend Jahre gewährt, Jah nach dem Erwachen, zu spät kann die Erkenntnis, ein in der Geschichte unerbörtes Verbrechen ist von Adolf Hitler und seiner Trabanten verübt worden. Not und Elend überall, wohin man blickt. So endet ein Reich, das 1000 Jahre dauern sollte. Schlimmer kann kein Entschändung sein, als die, die jetzt von Hitlers Anhängern und Mitläufern empfunden wird. Vor zwölf Jahren aber, als Hitler an die Macht kam, wurde dem deutschen Volk noch laut genug zugurufen: "Hitler, das ist der Krieg!" Das deutsche Volk hat sich nicht getraut, nun ist es zu spät. Die ungerichteten Schäden sind schwer wieder gutzumachen, die vielen Toten nicht wieder zum Leben zu erwecken, die Verstümmelten nicht wieder in den Besitz ihrer verlorenen Gliedmaßen zu setzen. Das Phantom, dem man nachgeht, ist zerplatzt wie eine Bombe. Ein tausendjähriges Reich ist im Werden begriffen, es ist von einem Reich überhaupt nichts mehr übriggeblieben. Sic transit gloria mundi!

So vergeht die Herrlichkeit der Welt und welche Lehre hat das deutsche Volk daraus zu ziehen? "Nie wieder Krieg!" Das muß jetzt die Parole sein! Zwei Weltkriege, die über 60 Millionen Opfer gefordert haben, werden verloren, müssen jedem vernünftigen Menschen zeigen, daß man durch einen Krieg nichts gewinnen, aber alles

verlieren kann. Auf Krieg aufgebaute Reiche können nie völlig vergänglich. Eine ehrliche Politik, die nicht auf Gewinn, sondern auf Wohlstand der Völker beruht, wird sich nicht schneidbar schwach erweisen lassen, wirkt sich aber doch zum Segen aus. Denn alle kleinen Kriege, durch Hitlers Schuld mit in diesen Krieg hineingezogen, werden sich schnell wieder

Wie sieht es in Japan aus?

Dasselbe Elend wie in Hitler-Deutschland

Moskau, 11. September (TASS). Der Sonderberichterstatter der "Iswestija" keibelt aus Tokio: Unsere riesigen Wasserflugzeuge, die mehrere Berichterstatter der Hauptzeitungen der UdSSR an Bord hatten, sind von Wladivostok nach der Insel Honsiu geflogen, in deren Mitte sich der Flugplatz Atsugi befindet. Die Kinder sind im Voraus auf den Weg gebracht, aber diese kurze Entfernung genügt, uns vom heutigen Japan ein Bild zu machen. Was besonders frappiert, das ist der Eindruck eines großen Elends. Bilder dieses Elends blieben sich bei jedem Schritt. Die Leute sind oft mit Lumpen bekleidet, die nur entfernt an die alte Nationaltracht erinnern. Alle gehen mit nackten Füßen in Pantoffeln. Die Frauen sind sehr viel zierlicher als die Männer, aber die eine sowohl wie die andere sind durch das Elend erschöpft. Sehr häufig begegnet man Radfahrern, die eine dreirädrige Karre ziehen, welche mit ihrem Hab und Gut beladen ist, oder Personen mit kleinen Wagen. Es sind Obdachlose auf der Suche nach Unterkunft. Die japanischen Straßen sind voll davon. Das ganze Land ist heute in Bewegung. Die Leute verlassen in Massen Tokio, Yokohama und andere Städte. Tokio hatte über 7 Millionen Einwohner, jetzt sind kaum 2/3 Millionen übriggeblieben.

Man hat sich, der Ansicht, den berühmten "japanischen Geist" wieder zu erwecken. Japan hatte alles versucht, um den vereinten Kräften der Alliierten zu widerstehen. Es versteht sich von selbst, daß die ganze Industrie zerstört war. Die Hauptaufgabe bestand darin, sich in erster Linie auf den Bau von Schiffen und Flugzeugen. Die weinigen Männer, die nicht in der Armee standen, wurden mit Gewalt in die Betriebe gesteckt. Die Männerarbeit wurde möglichst durch Frauen- und Kinderarbeit ersetzt. Der Kaiser ließ die Festhäuser schließen, obwohl sie der japanischen Regierung große Einnahmen brachten, und ihr ganzes Personal für den Bau von Befestigungen einziehen. Von 1944 ab waren alle Theater geschlossen, sogar das Kaiserliche Theater, die Oper und das Theater "Kabuki" — ein berühmtes japanisches klassisches Theater. Es handelt sich nicht mehr darum, sich zu zerstören, sondern alles um das Japan zuletzt geblieben zu haben. Die Zeitungen, nur einige Kinovorführungen verschont geblieben, aber sie zeigten nur alte Filme. Universitäten und sogar Grundschulen wurden geschlossen.

Die mit ihren Schulen evakuierten Schüler arbeiten in der Landwirtschaft. Man zwang

erhalten. Deutschland aber, das sich so mächtig dünkte und Europa beherrschte, wollte, wie es heute zu sehen ist, die Hilfe der westlichen Völker erlangen. Das war ein Verbrechen, das sich nicht wiederholen darf. Die Völker der Welt sind gefürchtet, aber doch geschont in der Welt dastehen, und es wird wieder glücklich sein.

Wie sieht es in Japan aus?

Dasselbe Elend wie in Hitler-Deutschland

die Kinder dazu, Tausend herzustellen, und man sagte ihnen dazu: "Du mußt ein ziemlich lange Zeit machen, damit man Amerika erreichen und alle amerikanischen Soldaten binden und sie als Gefangene, zu uns nach Japan ziehen kann." Eine dumme und naive Phrase, die aber vollkommen dem "japanischen Geist" entspricht. Auf demselben Grunde wurde es den Frauen verboten, den Kimono zu tragen, der durch die "Mumpe" ersetzt wurde — eine Art von weitem Beinkleid. Alle Japanerinnen tragen jetzt die "Mumpe", und Gott bewahre sie davor, einen Kimono anzuziehen, und besonders einen mit langen Ärmeln. Die Anhänger eines faschistischen Verbandes konnten jederzeit in Erscheinung treten, diese Ärmel abzuschneiden und mit einem Schlag mit der unglücklichen Frau ein Ende machen.

Die japanische Regierung machte vergebliche Anstrengungen, um die nationale Wirtschaft zu stützen, die durch den Krieg sehr stark geschwächt ist. Die landwirtschaftlichen Produkte, besonders Reis, die über Wasser einfließen, sind nicht mehr in demselben großen Platz in der Wirtschaft des Landes. Die Unsicherheit der Schifffahrtswege zwang dazu, zur Kultur von Pflanzen, die der Dürre widerstehen. Zufucht zu nehmen. Aber alle diese Maßnahmen haben sich als unwirksam erwiesen. Die Lebensmittel sind sehr knapp. Der Eintritt der UdSSR in den Krieg änderte den japanischen Imperialisten die Mandschurei und Korea, die ihnen bis dahin reichliche materielle Hilfsmittel lieferten. Sie erklärt unter anderem die schnelle Kapitulation Japans.

Das Parlament trat am Tage nach der Unterzeichnung der Kapitulationsakte zusammen. Das Wort "Kapitulation" ist aus dem japanischen Wortschatz verbannt. In der Kammer, in der Presse spricht man von "Einstellung der Feindseligkeiten", von Beschlüssen der Berliner Konferenz. Das Oberhaus hat noch seine zeremoniellen Gewohnheiten bewahrt. Bevor ein Redner das Wort nimmt, grüßt er den kaiserlichen Thron, den Präsidenten und die Abgeordneten. Die Abgeordneten, die mit dem Redner zufrieden sind, erheben sich, sobald er aufgehört hat, zu sprechen. Und als in unserer Gegenwart Prinz Simadzu und Baron Wakasugi für die genaue Erfüllung aller Alliierten Forderungen eintraten, erhoben sich die Abgeordneten wie ein Mann. Das war um so verständlicher, als in diesem Augenblick die Truppen der Verbündeten bereits auf japanischem Gebiet landeten.

Auftakt zur Parteilarbeit in Merseburg

Alte und junge Genossen. — Die erste Mitgliederversammlung

Merseburg. Im großen Saal von Wieses Festsaal trafen sich die alten Kämpfer der SPD und der Nachwuchs aus den Familien der alten Genossen zur ersten Mitgliederversammlung nach langem, schweren Jahren. Genossen kamen in großer Zahl. Die Eröffnungsworte, er appellierte an die Arbeitsehrlichkeit, aktiv die Gedanken der SPD vorwärts zu tragen. Genosse Hojenski knüpfte an die letzten Versammlungen 1933 an. Er sprach über die Wahlen im Reichstag, die haben der Partei sogar noch ein Plus an Stimmen gebracht. Die Stimmung unter den alten aktiven Genossen ist während der zwölf Jahre die gleiche geblieben. Er erinnerte dabei an die Kämpfe der Partei für den Gedanken des Sozialismus zu kämpfen. Wir wollen die restlose Vernichtung der Spuren der Hitlerbanden in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, aber auch aus den Köpfen der Menschen, die diesem System gehuldet haben. Jede Hakenkreuz- und Militärreligionstugung mit aus den Köpfen der Jugend heraus, wir wollen die Jugend wieder zu aufrechten und charakterfesten Menschen machen. Genau wie 1918 hat die Arbeiterklasse, haben die alten Genossen für einen Aufbau wieder zu kämpfen. Die Träger des neuen Staatsgedankens zu sein. Oberbürgermeister und Landrat Genosse Grimm gab in großen Zügen einen Überblick über die Probleme unserer Zeit. Dabei verwies er auf die Dringlichkeit, die Ernährung zu sichern. Hier liegt eine hohe Verantwortung bei den Bauern. Der Redner beschäftigte sich auch mit den Erscheinungen auf dem Gebiet des Bauernwesens und prangerte dabei die rückgängige Kriegsentwicklung durch den Nationalsozialismus an. Nach der Aufzählung weiterer wichtiger Aufgaben der Gegenwart schloß Genosse Grimm seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Aufruf zur Mitarbeit für die Partei. — Der Bericht über die Tätigkeit der Stadt Merseburg stellt sich zusammen aus den Vorträgen der Kämpfer und Hojenski und Gen. Beitzner Grimm und Morgenstern.

Gebietskonferenz in Dessau

Einheitliches Wollen der Gewerkschaften des Bezirkes

Am Sonntag fand in Dessau eine Gebietskonferenz des Freien Deutschen Gewerkschafts-

griff genommen. Auf dem Friedhof 3 im Süden der Stadt wurde ein vorbildlicher Ehrenfriedhof für die westlichen Ausländer des inzwischen fertiggestellten 108 Ausländer haben hier ihre letzten Ruhestätten gefunden und die einzelnen Grabstätten sind geradezu vorbildlich und in mühsamer Arbeit würdig hergerichtet worden. Jedes Grab ist mit einem kleinen immergrünen Pflanzen eingefaßt und trägt ein Plaketten mit den nötigen Angaben über die Nationalfarbe des Toten. Diese ganze Stelle wird noch mit Sträuchern eingewaldet. Im Hintergrunde erhebt sich ein wichtiges Holzkreuz mit einer entsprechenden Inschrift.

Auf zwei weiteren Teilen des Friedhofes haben 230 russische Staatsangehörige ihre letzte Ruhestätte gefunden. Darunter befinden sich allein 14 Kindergräber. Auch diese Grabstätten werden in der gleichen Weise hergerichtet. An einer anderen Stelle des Friedhofes wurden zwölf Ausländer und ein Deutscher beigesetzt. Häufige aus dem Konzentrationslager Buchenwald, die bei ihrem Marsch durch Dessau im Gebiet Speckingens von der SS heimlich erschossen worden sind. Die Stadt Dessau hat sich die Ausstattung dieser Ausländergräber besonders angelegen sein lassen.

Dessau. Die Straßennamen der Stadt bilden häufig noch den Gegenstand ausführlicher Besprechungen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß es unbegrifflich ist, warum Dessau immer noch eine Schleglerstraße und eine Schlegler-Allee aufweist. Wie wir dazu mittels der Ausstellung dieser Anordnung der Stadtverwaltung zu erwarten, die auf diesem Gebiet Wandel schaffen wird.

Arbeitervertreter in der Führung der Mansfeld AG.

Eisleben. Die Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei befaßte sich vor einigen Tagen auch mit der Lage der Mansfeld AG. Dabei wurde mitgeteilt, daß wegen des Mangels an Rohmaterial bereits eine Reihe von Betrieben stillgelegt und die Belegschaft nach einer besonderen Umlegungsverfahren nach den Braunkohleanlagen und den Ziegelmöhlen der Mansfelder Seekreis verlegt worden sind. Diese Maßnahme erfolgte nicht zuletzt, weil die Zuegung von Kohle und Benzin gegenwärtig besonders dringlich ist. Nach Abstimmung der jetzigen Direktoren wird künftig ein Arbeitervertreter mit der Führung der Mansfeld AG. betraut werden. — Der bisherige provisorische Vorstand des Betriebsrats der Partei wurde einstimmig in seinem Amt bestätigt. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden wichtige organisatorische Aufgaben besprochen.

Kreiskonferenz der Gewerkschaften

In Sangerhausen fand am Sonntag die erste Kreispartei-Konferenz des Freien Gewerkschaftsbundes statt, die von den Delegierten aus fünf Arbeitsstätten und dem "Goldenen Aue" stark besucht war. Es wurden Berichte gegeben über den bisherigen Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Organisation, über die Gründung der Verbände und die zukünftige Entwicklung. Außerdem fanden die Wahlen der Hauptvertreter aus den einzelnen Verbänden und die Wahlen der Delegierten zur Provinzialdelegierten-Konferenz in Halle statt. Daran schloß sich eine interessante Aussprache über allgemeine Fragen der Organisation, über die Betriebsratsbestimmungen und die sozialen Belange in den verschiedenen Betrieben. Alle Sprecher waren einmütig der Ansicht, jede Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden und den weiteren Aufbau der Gewerkschaftsverbände gemäß den ergangenen Richtlinien nach besten Können und Bestreben zu fördern, wobei die antifaschistische Block gegen jede nur mögliche Reaktion gewappnet ist.

Umbenennung von Straßen in Sangerhausen

In seiner Entscheidung, die zum ehrenvollen Gedächtnis der Opfer von Buchenwald ergriffen wurde, beschloß der Rat der Stadt Sangerhausen in Dr. Breitscheid-Straße und die Hindenburgstraße in Ernst-Thälmann-Straße umbenennen.

Haldensleben. Die erste Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei

gestaltete sich zu einer prächtigen Kundgebung. Nach einleitenden Worten des Genossen Hartmann sprach Bürgermeister Genosse Müller. Der Redner beschäftigte sich mit den Zuständen von 1933 bis 1945 in unserer Stadt und geißelte das Verhalten der nationalsozialistischen Volkverhetzer, die hier wie anderswo mit den brutalsten Mitteln ihre Macht zu halten suchten. Kennzeichnend für ihre Wirtschaftspolitik ist, daß man die Dürre, die früher der Stadt gehörte und die für die Gemeindefinanzen eine Goldgrube war, an die Firma Busse unrentmähig veräußerte. — Genosse Uhr schloß seine Rede mit dem Aufruf, die sich für die Gegenwart erhebe.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Magdeburg
Großkundgebung
am 12. September 1945, 18⁰⁰ Uhr
Der Wiederaufbau Deutschlands
Redner: Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Otto Grotewohl, Berlin
in der städtischen Halle, Magdeburg-Südeng.
Blankenburger Straße 59-70, Straßenbahnhaltestelle Linie 1
am Amboisenplatz

